

Jörres, Torsten

Von: Kellner Michael <michael.kellner@bundestag.de>
Gesendet: Mittwoch, 10. Juni 2026 11:46
An: Jörres, Torsten
Betreff: [EXTERN] [Signatur OK] AW: Akute Gefährdung der Patientenversorgung

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Erledigt

!-----|
Diese Nachricht stammt von einem externen Absender
Diese Nachricht kam von ausserhalb Ihrer Organisation.
|-----!

Sehr geehrter Herr Jörres,

Vielen Dank für Ihre Anfrage und für Ihr Engagement zu diesem wichtigen Thema. Gerade für ländliche Regionen wie die Uckermark ist eine verlässliche und wohnortnahe Gesundheitsversorgung von besonderer Bedeutung. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgungsangebote sind hier oft die zentrale Säule der Daseinsvorsorge.

Die Bundesregierung hat mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (GKV-BStabG) ein Reformpaket vorgelegt, das die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung lösen soll. Das Ziel, die Ausgabenentwicklung zu begrenzen und Beitragssteigerungen einzudämmen, ist grundsätzlich richtig. Aus unserer Sicht greifen die vorgesehenen Maßnahmen jedoch zu kurz und bergen erhebliche Risiken für die Gesundheitsversorgung.

Besonders kritisch sehen wir die geplanten pauschalen Kürzungen im Krankenhausbereich. Diese treffen nicht gezielt die Einrichtungen, in denen tatsächlich struktureller Anpassungsbedarf besteht, sondern vor allem Grundversorger, Sicherstellungshäuser, Universitätskliniken und Maximalversorger. Gerade diese Krankenhäuser tragen den Großteil der Versorgung und behandeln mehr als drei Viertel aller Patientinnen und Patienten. Ohne eine Kurskorrektur drohen vielen Kliniken wirtschaftliche Schwierigkeiten mit Folgen für Personal, Wartezeiten und die Versorgung vor Ort.

Wir sind überzeugt, dass die bestehenden strukturellen Probleme im Krankenhauswesen nicht durch pauschale Sparmaßnahmen gelöst werden können. Stattdessen braucht es eine gezielte und geordnete Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft. Dazu gehören die konsequente Umsetzung der Krankenhausreform, verbindliche Qualitätsstandards, eine bessere Abstimmung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung sowie eine Reform der Notfallversorgung. Ziel muss sein, die Versorgungsqualität und Patientensicherheit nachhaltig zu stärken.

Auch die vorgesehenen Änderungen beim Pflegebudget sehen wir kritisch. Die geplante Begrenzung der Finanzierung orientiert sich künftig stärker an finanziellen Vorgaben als am tatsächlichen Versorgungsbedarf. Gleichzeitig sollen Tarifsteigerungen nicht mehr vollständig refinanziert und pflegeentlastende Maßnahmen nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden. Dadurch besteht die Gefahr, dass der wirtschaftliche Druck auf Krankenhäuser steigt und sich die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte verschlechtern.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Finanzierung der Pflege am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet wird. Instrumente zur Personalbemessung wie die PPR 2.0 sollten verbindlich genutzt werden, Tarifsteigerungen vollständig refinanziert und pflegeentlastende Maßnahmen dauerhaft abgesichert werden.

Steigende Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung sind aus unserer Sicht kein Naturgesetz. Sie sind das Ergebnis politischer Entscheidungen und können durch gezielte Reformen beeinflusst werden. Einsparpotenziale sehen wir insbesondere bei überhöhten Arzneimittelpreisen, ineffizienten Krankenhausstrukturen und einer seit Langem reformbedürftigen Notfallversorgung. Daher werden wir das Gesetzgebungsverfahren weiterhin kritisch

begleiten und uns für Verbesserungen im Interesse der Patientinnen und Patienten sowie aller Beitragszahlenden einsetzen.

Viele Grüße
Das Team von Michael Kellner

Mitglied des Deutschen Bundestags

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Energiepolitischer Sprecher
Leiter der AG Wirtschaft und Energie

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Jörres, Torsten <t.joerres@asklepios.com>
Gesendet: Dienstag, 9. Juni 2026 07:30
An: Kellner Michael <michael.kellner@bundestag.de>
Betreff: Akute Gefährdung der Patientenversorgung

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Kellner,

anbei übersende ich Ihnen im Anhang ein Schreiben mit einem dringenden Appell bzw. Bitte zur Unterstützung auf Bundesebene bei der Nachverhandlung des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Torsten Jörres

Geschäftsführer

Asklepios Klinikum Uckermark GmbH

Asklepios MVZ Brandenburg GmbH – MVZ Uckermark

Am Klinikum 1 ▪ 16303 Schwedt/Oder
Tel.: +49 3332 53-3101

Fax: +49 3332 53-3109

E-Mail: t.joerres@asklepios.com <mailto:t.joerres@asklepios.com> – www.asklepios.com
<<http://www.asklepios.com/>>

Asklepios in den sozialen Netzwerken:

<<https://de.linkedin.com/company/asklepios>> <<https://www.youtube.com/asklepioskliniken>>
<<https://www.instagram.com/asklepioskliniken/>> <<https://www.facebook.com/asklepioskliniken>>

Asklepios Klinikum Uckermark GmbH

Sitz der Gesellschaft: Schwedt/Oder – Registergericht Neuruppin – HRB 9977 NP
Geschäftsführer: Torsten Jörres, Christian Petersen

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Prof. Dr. med. Rüdiger Heicappell

Asklepios MVZ Brandenburg GmbH

Sitz der Gesellschaft: Birkenwerder – Registergericht Potsdam – HRB 31209 P
Geschäftsführer: Torsten Jörres, Milena Heidemann, Christian Petersen, Jan Hoffmann